



**READER**

**Armut  
und soziale  
Ausgrenzung**

Das europäische Jahr gegen  
"Armut und soziale Ausgrenzung" ein Fazit

**AKTIONSKONFERENZ  
5. Feb. 2011**

Platz der Diakonie Düsseldorf - Flingern

 **attac**



# INHALT

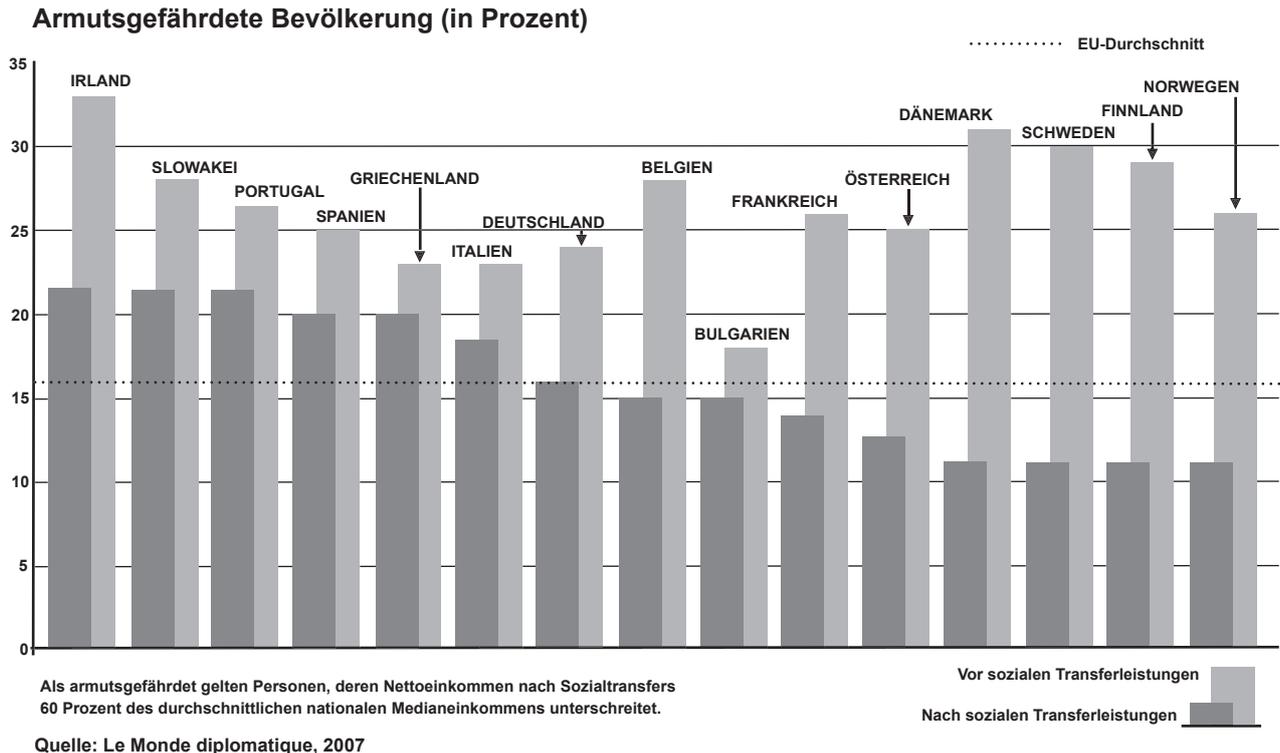
<b>Die Fakten - Ausmaß der Armut in Europa</b>	Seite 4
<b>Grusswort attac EU-AG - Menschenrechte</b>	5
<b>Ziele und Leitprinzipien der EU</b>	6 - 8
<b>Tagesprogramm</b>	9
<b>Einstieg 1: Jürgen Klute</b> „Das europäische Jahr zur Armutsbekämpfung, seine Versprechungen und die realpolitische Praxis der EU in Deutschland- Eine Bestandsaufnahme“	10 - 14
<b>Einstieg 2: Horst Schmitthenner</b> „Die Ursachen zunehmender Armut in Europa in Deutschland und ihre Auswirkungen auf die Arbeitnehmer und ihre Familien“	15 - 16
<b>Einstieg 3: Klaus Dräger</b> „Solidarität gegen Armut - Perspektiven für eigenes Handeln“	17
„PRAXIS-ARBEITSGRUPPEN“	
AG 1 - Kinder-und Jugendarmut - Dr. Carolin Butterwegge	18
AG 2 - Arm trotz Arbeit / Arm durch Erwerbslosigkeit - Horst Schmitthenner	18
AG 3 - Frauenarmut - Mag Wempel	19 - 20
AG 4 – Altersarmut - Stefan Koch	20
AG 5 – Armutsbekämpfung ein Rechtsproblem ? Völkerrecht, EU-Recht, Verfassungsrecht, Sozialrecht- Birgit Sieger	20
<b>Gastbeitrag:</b> von Prof. Christoph Butterwegge <b>MIT DEM MUT ZUR HEUCHELEI</b> 2010 war ein verlorenes Jahr im Kampf gegen die Armut. 2011 wird dem Ehrenamt gewidmet.	21 -22



# DIE FAKTEN

## Ausmaß der Armut in Europa

Die Armut innerhalb der EU ist verheerend. Ca 125 Millionen Europäer (25,1 % der Gesamtbevölkerung) hatten 2008 weniger als 60 % des durchschnittlichen Einkommens, welches die relative Armutsgrenze ist. 2004 betrug die Armutsgrenze in Euro 8000 € pro Jahr für eine Person bzw. 22 € pro Tag. Diese Zahlen dürften bis heute gravierend weiter gestiegen sein und noch weiter steigen. Von den damals 100 Millionen Menschen hatten 16% (73,2 Millionen weniger als 50% des Durchschnittseinkommens, 11% (48,8 Millionen haben nur weniger als 40 % und etwa 23,5 Millionen mussten mit weniger als 10 € pro Tag auskommen. ( Die Zahlen beziehen sich auf 2004, da neuere Zahlen nicht zur Verfügung stehen). Ca 6,9 Millionen Menschen (2%) müssen mit weniger als 5 € pro Tag auskommen, davon in Deutschland alleine 4% aller armutsgefährdeten Personen. Am höchsten ist die Konzentration von Menschen mit geringem Einkommen in den ärmeren neuen Mitgliedstaaten, aber auch in den reicheren EU-15-Ländern lebt ein großer Anteil der Bevölkerung mit niedrigem Einkommen.



## **Liebe TeilnehmerInnen der Aktionskonferenz,**

herzlich willkommen in dem schönen neuen Haus der Düsseldorfer Diakonie, das einen würdigen Rahmen bietet für die ernsten Probleme von Armut und sozialer Ausgrenzung, mit der wir uns bei dieser Konferenz beschäftigen müssen. Nach Abschluss des Jahres 2010 wollen wir eine Bilanz ziehen und prüfen, wie sich im „europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ die Politik von Brüssel bis in unsere Stadt auf die betroffenen Menschen ausgewirkt hat. Uns interessieren der Umfang und die Ursachen der Armut in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Wie kann – wie muss Armut bekämpft werden?

Mit welchen gesellschaftlichen Kräften wollen wir uns verbünden, um unseren Kampf erfolgreich zu gestalten? Für die heutige Konferenz wünschen wir uns lebhaftige Diskussionen in und ausserhalb der Workshops, bei denen die Gelegenheit besteht, dass TeilnehmerInnen aus unterschiedlichen Aktionsfeldern Ihre Gedanken austauschen. Am Ende werden wir einen offenen Brief an das Europäische Parlament vorschlagen. Er soll unsere dringendsten Forderungen für eine Verbesserung der Situation der Armen und sozial Ausgegrenzten enthalten. Wir wünschen allen einen informativen, aktiven und erfolgreichen Tag. Wir bedanken uns bei der Diakonie Düsseldorf für die Unterstützung und zuverfügungstellung der Räumlichkeiten.

**Düsseldorf, 5. Februar 2011**

**ATTAC Düsseldorf / EU-AG**

### **Auszug aus den Menschenrechten**

#### **Bürgerliche und politische Rechte**

##### **Persönlichkeitsrechte (grundlegende Rechte)**

*Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit*

*Schutz vor entwürdigender oder erniedrigender Behandlung*

##### **Freiheitsrechte**

*Freiheit von willkürlichen Eingriffen in die Privatsphäre*

*(Wohnung, Briefgeheimnis etc.)*

*Reisefreiheit*

*Berufsfreiheit*

##### **Soziale Menschenrechte**

*Recht auf Selbstbestimmung (Art. 1)*

*Recht auf Arbeit und angemessene Entlohnung (Art. 6/7)*

*Recht auf einen angemessenen Lebensstandard,  
einschließlich angemessener Nahrung (Art. 11)*

*Recht auf den besten erreichbaren Gesundheitszustand (Art. 12)*

*Recht auf Teilhabe am kulturellen Leben (Art. 15)*

*Unterzeichnet wurde von der Bundesrepublik Deutschland auch die UNO-Menschenrechtsdeklaration, die das Recht auf soziale Sicherheit, Arbeit und Wohnung proklamiert.*

*Nach Artikel 25 S. 1 GG sind indessen nur die allgemeinen Regeln des Völkerrechts automatisch Bestandteil des Bundesrechts, weswegen diese Vereinbarung ohne Ratifikation keine innerstaatliche Wirkung entfaltet.*

*Gleichwohl wurden derartige Rechte in einige Landesverfassungen der Bundesrepublik aufgenommen, in die Landesverfassungen von Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Bremen, was jedoch weitgehend in Vergessenheit geraten ist.*

## **Aus Veröffentlichungen der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments**

In umfangreichen Papieren haben die europäischen Institutionen zum Jahr der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung Ihre Absichten erklärt. Sie haben Ziele und Leitprinzipien aufgestellt, die bei der Bekämpfung der Armut erreicht bzw. eingehalten werden sollten. Es wurden die vorrangigen politischen Bereiche aufgezeigt, in denen Massnahmen gegen Armut und soziale Ausgrenzung ergriffen werden sollten und mit welchen Mitteln. Die Zielgruppen dieser Massnahmen wurden ausgemacht und schliesslich konkrete Aktionen vorgeschlagen, die den europäischen Gremien besonders erfolgversprechend erschienen. Auch fanden wir Listen zur Mittelbereitstellung und Mittelverwendung für die entsprechenden Aktivitäten.

In einigen wenigen subjektiven Auszügen sind Teile des Inhalts wiedergegeben. Der gesamt Inhalt der Papiere ist unter den angegebenen Adressen im Internet einzusehen. Siehe Quellenangabe auf S. 8.

### **Ziele und Leitprinzipien:**

#### **1. Anerkennung von Rechten**

- **das Grundrecht aller Bürger „auf ein Leben in Würde und auf umfassende Teilhabe an der Gesellschaft“.**

Schärfung des öffentlichen Bewusstseins für die Armutssituation und „Förderung des effektiven Zugangs zu sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechten sowie zu ausreichenden und hochwertigen Dienstleistungen“, „damit den Menschen ein Leben in Würde sowie die Mitwirkung in der Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt ermöglicht wird.“

#### **2. Gemeinsame Verantwortung und Teilhabe**

Hierbei soll das öffentliche Bewusstsein (Politik, Wirtschaft, private Akteure) geschärft werden, um einerseits die ehrenamtliche Tätigkeit in diesem Bereich stärker zu würdigen, andererseits Bedürftige dadurch auch wieder in die Gesellschaft aktiv miteinzubinden. Schaffung von Verantwortung der Allgemeinheit und des Einzelnen im Kampf gegen Armut durch Abschaffen von Stigmatisierung, Einbindung in Kulturprogrammen und informative Medien und Zugang zu einem menschenwürdigen Einkommen durch Eigeninitiative (Bildung und Förderung im Beruf).

#### **3. Zusammenhalt**

Die Menschen sollen eine Vision entwickeln, „von einer Gesellschaft ohne Armut und Ausgrenzung und mit gerechter Verteilung“, zum Erhalt und zur Verbesserung der Lebensqualität, um nachhaltige Entwicklung und Solidarität zu stärken und zu etablieren. Dies wird durch diverse Plenen und Podien erreicht werden.

#### **4. Engagement und konkretes Handeln**

Stärkung des politischen Engagements auf allen Ebenen, „in dem es die politische Aufmerksamkeit bündelt und alle Betroffenen mobilisiert und es bringt die einschlägigen Massnahmen der Europäischen Union weiter voran.“ durch öffentlichkeitswirksame Kampagnen und Initiativen.

## **Vorrangige politische Bereiche**

- Förderung von Strategien, um Armut zu bekämpfen und zu verhindern.
- Kinderarmut
- Arbeitsmärkte: menschenwürdige Arbeit inkl. der Arbeitsplatzbedingungen u. Entlohnung
- Förderung von allgemeiner, beruflicher und technischer Bildung und dem Zugang zu allen Kommunikationsmedien.
- Abbau von Armut bzgl. Alter und Geschlechtszugehörigkeit
- Zugang zu Dienstleistungen, angemessene Wohnung, Krankenwesen und Sozialschutz.
- Zugang zu Kultur- und Freizeitteilhabe.
- Förderung der Integration von Migranten wie auch Überwindung von Diskriminierung
- Förderung von Strategien, Menschen in Armut in die Gesellschaft wieder einzugliedern.
- Eingehen auf das Leben behinderter wie auch obdachloser Menschen.

## **Zielgruppen:**

- Gender mainstreaming: Männer und Frauen  
(Gleichstellung letzterer ist vordergründig)
- Kinder
- alte und pflegebedürftige alte Menschen
- Behinderte Menschen
- Menschen mit Migrationshintergrund
- Obdachlose

## **Konkrete Umsetzung im Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung**

- Zusammenkünfte und Veranstaltungen mit von Armut betroffenen Menschen und Organisationen aus der Zivilgesellschaft.
- Informations- und Werbekampagnen
- Spendenaktionen
- Miteinbindung von Bildungseinrichtungen, Nichtregierungsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden
- Europäische Wettbewerbe, „mit denen Leistungen und Erfahrungen im Zusammenhang mit den Themen des Europäischen Jahres hervorgehoben werden“.
- Kontakte herstellen zu Bereichen, die sich sonst nicht mit Armut beschäftigen (Sport, Kunst etc.) und „Botschafter“ gewinnen.
- Einrichtung einer website
- Umfragen und Studien

## Kostenbereitstellung innerhalb der BRD

von der EU – Kommission	750.000,00 Euro
Bundesministerium für Arbeit und Soziales für 2010	1.150.000,00 Euro
für 2009	300.000,00 Euro
für 2011-01-02	<u>50.000,00 Euro</u>

**Insgesamt:** 2.250.000,00 Euro

## Mittelverwendung (provisorische Kostenkalkulation vom 27.05.2009 )

- Externe Unterstützung (Bearbeitung Projektanträge, Evaluation inkl. 50.000 Euro für 2011)	90.000 Euro
- Kommunikation und Medien (Inkl. 300.00 EUR für 2009)	800.000 Euro
- 2 Veranstaltungen zu Auftakt und Abschluss (je 60.000 EUR)	120.000 Euro
- Projektförderung – ca. 62 Projekte je 20.000 EUR durchschnittlich	1.240.000 Euro

### Quellen:

Strategisches Rahmenpapier der Europäischen Kommission „Europäisches Jahr zu Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung (2010)“, S.4, Brüssel, 2008, <http://2010againstopoverty.ec.europa.eu> S. 5, ebd.

Ebd.

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 09. 10 2008 zur Förderung der sozialen Integration und die Bekämpfung der Armut, einschließlich der Kinderarmut, in der EU“

Strategisches Rahmenpapier der Europäischen Kommission „Europäisches Jahr zu Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung (2010)“, S.5, Brüssel, 2008, <http://2010againstopoverty.ec.europa.eu>

Ebd.

Amtsblatt der Europäischen Union, Beschluss NR. 1098/2008/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Oktober 2008, S. 26

Bundesministerium für Arbeit und Soziales, „Nationale Strategie für Deutschland zur Umsetzung des Europäischen Jahres 2010 gegen Armut und soziale Ausgrenzung (national abgestimmter Entwurf, am 27.05.2009 an die EU-Kommission versendet)“



*Auftakt für das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in Berlin.*

*Foto: Nationale Armutskonferenz (nak) (nak) ist ein Zusammenschluss der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, bundesweit tätiger Fachverbände und Selbsthilfeorganisationen und des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Konferenz gründete sich im Herbst 1991 als deutsche Sektion des Europäischen Armutsnetzwerkes.*

# Tagesprogramm

**10.00 Uhr** **Beginn der Konferenz** Musik von Evan Fryer - [www.evanfreyer.de/](http://www.evanfreyer.de/)  
**Grusswort:** Pastor Heinz-Werner Frantzmann - *Diakonie Düsseldorf*  
**Begrüssung** - Peeter Raane - *Rosa-Luxemburg Stiftung NRW, attac Düsseldorf*

**10.15 Uhr Kirchenraum Einleitendes Plenum**

**Einstieg 1 - 20 min**

**Jürgen Klute** / Sozialpfarrer, Mitglied des Europaparlaments

*Das europäische Jahr zur Armutsbekämpfung, seine Versprechungen und die realpolitische Praxis in der EU und in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme.*

**10.45 Uhr - Einstieg 2 - 20 min**

**Horst Schmitthenner** / IG-Metall, ehem. Vorstandsmitglied

*„Die Ursachen zunehmender Armut in Europa und in Deutschland und ihre Auswirkungen auf die Arbeitnehmer und ihre Familien“*

**11.15 Uhr - Einstieg 3 - 20 min**

**Klaus Dräger** / attac

*„Solidarität gegen Armut - Perspektiven für eigenes Handeln“*

10 min Zeit für Verständnisfragen nach jedem Einstieg

**12.00 - 12.30 Uhr** **Diskussion**

**12.30 - 13.30 Uhr - Raum 2.0.13 - Mittagspause (Eintopf, Getränke, Kaffee)**  
Initiativen stellen sich vor

**13.30 Uhr Bildung und Durchführung von fünf „Praxis-Arbeitsgruppen“**

zu folgenden Themen moderiert von:

- **Kirchenraum - Kinder- und Jugendarmut**, Dr. Carolin Butterwegge, DipL Soz.Arb..
- **Raum 2.0.13 - Arm trotz Arbeit**, Horst Schmitthenner, Gewerkschafter und Soziologe
- **Raum 3.0.07 Elisabeth Haus - Frauenarmut**, Mag Wompel, Labournet
- **Raum 4.U.09 Krypta - Altersarmut.- Stefan Koch** Diplom-Sozialwissenschaftler
- **Raum A-EG-014 Bibliothek - Armutsbekämpfung ein Rechtsproblem ?**  
**Völkerrecht, EU-Recht, Verfassungsrecht, Sozialrecht -**  
Birgit Sieger - VDJ, Rechtsanwältin

**15.00 Uhr Kaffee Pause**

**15.15 Uhr - 16.30 Uhr Praxisarbeitsgruppen 2ter Teil**

Auftakt Abschluss Plenum - Musik von **Evan Fryer** - [www.evanfreyer.de/](http://www.evanfreyer.de/)

**16.30- 17.00 Uhr**

**Berichte aus den Arbeitsgruppen**

Verabschiedung eines offenen Briefes an das Europa-Parlament

## **Einstieg 1 :**

### **„Das europäische Jahr zur Armutsbekämpfung, seine Versprechungen und die realpolitische Praxis der EU in Deutschland- Eine Bestandsaufnahme“**



#### **Jürgen Klute**

*(geb. in Bünde) ist Mitglied des Bundesvorstandes der Partei Die Linke und seit Juni 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments. Er ist Mitglied und Koordinator der europäischen Linksfraktion, Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL). Er studierte Theologie in Bielefeld und Marburg. Er war Industrie- und Sozialpfarrer und Leiter des Sozialpfarramtes des Kirchenkreises Herne. Er hat eine Reihe von Büchern über Sozialethik, das Verhältnis der Religion zur Sozialkultur und zu aktuellen sozial- und arbeitsmarktpolitischen Fragen herausgegeben.*

Die EU widmet jedes Jahr einem besonderen Thema. Das Jahr 2010 hat sie der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung gewidmet. Positiv ist daran zu vermerken, dass die EU sich diesem Thema überhaupt zugewendet hat und auch weiterhin zuwenden will.

Doch was ist passiert in diesem Jahr?

Im Europäischen Parlament hat das Thema keine zentrale Rolle eingenommen, wie man vielleicht hätte vermuten können. Die Finanz-, Wirtschafts- und Eurokrise hat statt dessen im Zentrum gestanden. Natürlich aus guten und nachvollziehbaren Gründen. Dennoch: Gerade diese Krisen machen eine verschärfte Auseinandersetzung mit der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung erforderlich, haben sie doch viele Menschen um Arbeit und Einkommen gebracht und sie damit gerade in Armut getrieben – während gleichzeitig Banken mit Milliarden von Euro vor dem Untergang und ihre Manager vor der Arbeitslosigkeit gerettet wurden. Im Parlament waren statt dessen nur ein paar symbolische Aktionen wahrnehmbar. So wurde z.B. ein blaues Band, das in Form und Größe der Aids-Schleife nachempfunden ist, an die Abgeordneten und Mitarbeitenden verteilt. Im Herbst gab es eine Menschenkette um das Parlament. Verschiedene Webseiten zum Thema sind freigeschaltet worden. Die

Webseite „[www.2010againstpoverty.eu](http://www.2010againstpoverty.eu)“ stellt immerhin zu jedem EU-Mitgliedsland Informationen zur Armutslage zur Verfügung. Allerdings sind die Daten analytisch nicht sehr tief gehend. Auf der Webseite „[www.736ideas.eu](http://www.736ideas.eu)“ finden sich Beiträge zum Thema von Schülerinnen und Schülern.

Im Januar 2010 gab es in Madrid eine Eröffnungskonferenz für das Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Im Oktober haben die EU-Generaldirektion für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit sowie die Generaldirektion für Kommunikation gemeinsam eine Konferenz durchgeführt zum Thema „Poverty: Perception and Reality – The Communication Challenge“. Und im Dezember gab es eine Abschlusskonferenz in Brüssel. Des weiteren wurde der jährlich verliehene EU-Preis für Journalisten in 2010 für journalistische Arbeiten verliehen, die sich mit dem Thema Armut und soziale Ausgrenzung befasst haben. Schließlich gab es noch „The Art Partner Project“ –ein Projekt mit Künstlern unter dem Motto „(IN)VISIBLE – When Art makes the individuals behind poverty visible“ („(UN)SICHTBAR – Wenn Kunst die Menschen hinter der Armut sichtbar macht“).

Die Kommission hat am Ende dieses Jahres – am 16. Dezember 2010 – eine Mitteilung

herausgegeben unter dem Titel „Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung: Ein europäischer Rahmen für den sozialen und territorialen Zusammenhalt“ [vom 16.12.2010 (KOM(2010) 758 endgültig | SEK(2010) 1564 endg.)]. Darin ist von „tausenden Veranstaltungen und Initiativen“ die Rede, die in 2010 in ganz Europa stattgefunden haben (Plattform: 23). Aus Deutschland ist mir immerhin bekannt, dass es in diesem Rahmen ein Projekt zur Vernetzung von Straßenmagazinen gegeben hat.

Ohne Zweifel sind das ehrenwerte und aner kennenswerte Aktivitäten. Erreicht haben all diese Aktivitäten aber nur eine geringe Zahl von Bürgerinnen und Bürgern in der EU. Und in den Medien haben sich diese Aktivitäten auch nur marginal – wenn überhaupt – gespiegelt. Einen Einfluss dieser Aktivitäten auf die herrschende Politik im Sinne einer Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sucht man bis heute vergeblich. erinnert sei hier nur beispielhaft an die Hetze gegen die Roma seitens des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy. Kaum ein Mitgliedsland der EU findet sich zur Zeit, in dem nicht selbst verantwortliche Politiker soziale Ausgrenzung in unterschiedlichster Form befördern. Auf die der Armutsbekämpfung entgegenstehende Sparpolitik komme ich gleich noch zu sprechen.

Der relevanteste Beitrag der Kommission zum Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ist die schon oben genannte Mitteilung vom 16. Dezember letzten Jahres. Dabei handelt es sich um ein 28 Seiten umfassendes Dokument, dass auf der Webseite der Kommission in allen offiziellen Sprachen der EU zum Download zur Verfügung steht. In diesem Dokument skizziert die Kommission zunächst die Armutslage in der EU. Demnach lebten in 2008 ca. 80 Millionen der rund 490 Millionen Bürgerinnen und Bürger der EU unterhalb der Armutsgrenze (= weniger als 60 %

des Durchschnittseinkommens des jeweiligen Mitgliedslandes). Das entspricht einem Anteil von ca. 16 % der EU-Bevölkerung. Mehr als die Hälfte der Betroffenen sind Frauen, 20 Millionen sind Kinder.

Von den Erwerbstätigen erhalten 8 % einen Lohn, der als Armutslohn einzustufen ist. Das Risiko, einen Armutslohn zu beziehen, ist laut Kommission von 2005 bis 2008 von 39% auf 44 % gestiegen. Darüber hinaus sind 8% der Europäerinnen und Europäer von gravierender materieller Not (Deprivation) betroffen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass es sich um die offiziellen Zahlen handelt und dass die Armutssituation in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten noch einmal deutliche Unterschiede aufweist. Deutlich wird an diesen Zahlen aber allemal, dass es einen dringenden Handlungsbedarf zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung gibt.

Der DGB und die deutsche Kommission von Justitia et Pax merken in einer gemeinsamen



Stellungnahme zum Jahr zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung an, dass die EU bereits im Jahr 2006 einen besseren rechtlichen und sozialen Schutz für Wanderarbeiter und Hausangestellte in der EU zugesagt hat. Passiert ist seit dem jedoch nichts, so dass diese Arbeitnehmergruppe nun ohne jede rechtliche und soziale Abfederung von der aktuellen Krise getroffen wurde. Für die Betroffenen bedeutet

das Absturz in Armut – während die Banken von den europäischen Mitgliedsstaaten gerettet worden sind!

Im weiteren benennt die Kommission in ihrer Mitteilung vom 16. Dezember ihre Ziele, die sie mit der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung erreichen will.

Nun könnte man meinen, dies sei doch eindeutig und klar: Niemand darf in einer so reichen Region wie der EU in Armut und Ausgrenzung leben! Doch so klar ist das aus Sicht der



*EU-Kommissionspräsident Manuel Barroso*

Kommission keineswegs. Ihre Ziele sind sehr viel bescheidener! In den nächsten 10 Jahren will die Kommission „mindestens 20 Millionen Menschen einen Weg aus der Armut und der sozialen Ausgrenzung eröffnen“. Also nur ein Viertel der Betroffenen soll von der Bekämpfung der Armut profitieren!

Weitere Ziele sind das Beschäftigungsziel, nach dem mindestens 75 % der Männer und Frauen zwischen 20 und 64 einer Erwerbsarbeit nachgehen sollen, sowie das Bildungsziel, das zu einer Senkung der Schulabbrecherquote von 15 % auf unter 10 % führen soll.

Zur Bemessung der Armutslage in den EU-Mitgliedsländern hat der Europäische Rat drei Indikatoren festgelegt: die Armutgefährdungsrate nach sozialen Transferleistungen, den Index der materiellen Deprivation (Notlage) sowie der Prozentsatz von Menschen, die in einem

Haushalt mit sehr niedriger Erwerbsbeteiligung leben.

Mit diesen Strategien zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung greift die Kommission auf die Leitinitiativen der EU-2020-Strategie zurück. Aus Sicht dieser Kommissionsmitteilung ist die Bekämpfung von Armut eines der zentralen Anliegen der EU-2020-Strategie. Benannt werden hier die Leitinitiativen „Jugend in Bewegung“, die „Agenda für neue Kompetenzen und Beschäftigungsmöglichkeiten“, die „Digitale Agenda für Europa“, die „Innovationsunion“, die „integrierte Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung“

sowie die Leitinitiative für ein „ressourcenschonendes und emissionsarmes Europa“.

Diese Initiativen laufen bekanntermaßen in erster Linie auf eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU hinaus. Diese wettbewerbsorientierte Politik hat allerdings wesentlich zur Armut in Europa (und nicht nur hier) beigetragen. Zwar ist es richtig, allen Bürgerinnen und Bürgern der EU im Erwerbsalter einen Zugang zu Erwerbsarbeit zu verschaffen. Und richtig ist auch, dass Arbeit nicht nur unter quantitativen, sondern auch unter qualitativen Gesichtspunkten zu sehen ist. Nur dann sollte die Kommission nicht von Abbau der Lohnnebenkosten (Plattform: 7) sprechen. Auch der Hinweis auf angemessene und nachhaltige Pensions- und Rentensysteme (Plattform: 8) deutet eher auf Kostensenkung hin als auf armutsfeste Pensionen und Renten.

Die Kommission schlägt ferner einen systematischen Austausch über Erfahrungen mit Reformen von Sozialsystemen unter den EU-Mitgliedsländern vor. Angesichts der Reformen der letzten rund zwei Jahrzehnte lässt das eher auf eine Verschärfung von Armut, insbesondere auch von Altersarmut, als auf deren Abbau schließen.

Aus gewerkschaftlicher Sicht wäre an dieser Stelle von Mindestlöhnen zu sprechen gewesen, von der Ratifizierung der Konvention zum Schutz der Rechte von Wanderarbeitern und ihrer Familien, dem Übereinkommen der ILO für Hausangestellte, von der Einführung echter grenzüberschreitender Sozialversicherungssysteme und von Arbeitszeitverkürzung, da bei einem ständigen Rückgang des Erwerbsarbeitsvolumens dies ein zentrales Element einer Strategie ist, die einen Zugang für alle zu einer existenzsichernden Erwerbsarbeit ermöglicht. Statt dessen setzt die Kommission auf Wachstum und auf Strategien zur Erhöhung der Beschäftigungsbefähigung der von Armut und Arbeitslosigkeit betroffen. Letzteres ist nicht gänzlich falsch, reduziert die Arbeitslosigkeit aber zu einem Problem auf individueller Ebene. Weitere Elemente der Strategie der Kommission zur Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit sind die Verknüpfung verschiedener Politikbereiche. So sollen Migrationspolitik, Antidiskriminierungspolitik sowie Gleichstellungspolitik (also menschenrechtsorientierte Politikfelder) mit einander verzahnt werden. Es sollen Zugänge für alle geschaffen werden zu bezahlbaren Wohnungen, zu bezahlbarer Energie, zu Bankdienstleistungen, zu Informations- und Kommunikationstechnologien. Der Zugang zu diesen Dienstleistungen soll erschwinglich sein. Hier klingt an, was bereits im Weißbuch der Kommission von 2004 zu Diensten von allgemeinem Interesse gesagt wurde, nämlich, dass ihre Erschwinglichkeit durch Wettbewerb erreicht werden soll. Eine solche Strategie hat allerdings problematische Auswirkungen auf die Beschäftigungsquote (Rationalisierungen) und auf das Gehaltsgefüge der entsprechenden Wirtschaftssektoren. Ebenso sollen der Europäische Sozialfonds, der Europäische Fonds für regionale Entwicklung, der Europäische Landwirtschaftsfonds, der Europäische Fonds zur Integration und der Europäische Flüchtlingsfonds stärker vernetzt und in die Strategie zur Armuts- und Ausgren-

zungsbekämpfung einbezogen werden. Auch das Programm „Progress“ (hierbei handelt es sich um ein Programm zur Bereitstellung von Mikrodarlehen) soll in die Strategie eingebunden werden. Der Zugang zu diesen Fonds und Programmen soll insbesondere für NGOs vereinfacht werden.

Das Forschungsrahmenprogramm soll mit genutzt werden, um diese Strategien wissenschaftlich zu begleiten. Schließlich will die Kommission künftig alle politischen Maßnahmen, die sie vorschlägt, auf ihre Sozialverträglichkeit prüfen und sie fordert alle anderen Organe der EU sowie die Mitgliedsstaaten auf, dies ebenfalls zu tun (Plattform: 14). Schließlich will die Kommission den dritten Sektor bzw. die Sozialwirtschaft stärken. Dies ist einerseits sinnvoll, da dieser Sektor nicht profitorientiert arbeitet und andererseits hier sehr viel politisches und gesellschaftliches Engagement verortet ist (Greenpeace, ATTAC, Gewerkschaften, BUND, Parteien, Vereine, etc.). Hellhörig muss aber machen, dass die Kommission in diesem Kontext die ehrenamtliche Arbeit sehr herausstreicht. So sehr dieser Sektor lebensnotwendig für eine Gesellschaft ist, so sehr muss aber auch darauf geachtet werden, dass er nicht missbraucht wird, um Erwerbsarbeit durch unbezahlte Arbeit zu ersetzen um so Sparprogramme der öffentlichen Hand im Blick auf notwendige Arbeit abzufordern!

Dies ist ein kurzer Überblick über das, was die EU-Kommission zum Thema „Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ am 16. Dezember 2010 verkündet hat. In den Vorschlägen scheint ein klares Interesse der Kommission durch, auch die Sozialpolitik der EU stärker zu integrieren. Das Problem ist allerdings, dass sie nach den geltenden Verträgen nicht in den Kompetenzbereich der EU fällt. Dem entsprechend setzt die Kommission auf eine verstärkte Koordinierung in diesem Politikbereich.

Das ist ein durchaus nachvollziehbares und auch sinnvolles Anliegen der EU. Denn auf Dauer kann die EU als Wirtschaftsunion nur dann funktionieren, wenn sie auch eine einheitliche Sozialpolitik und ebenso eine einheitliche Fiskalpolitik entwickelt. Anders sind die Ungleichgewichte infolge unterschiedlicher wirtschaftlicher Entwicklungen in den verschiedenen Regionen und Mitgliedsländern der EU nicht auszugleichen.

Den Abbau von Ungleichheiten hat die Kommission aber explizit als Ziel benannt (Plattform: 16). Ein Dilemma ergibt sich daraus, dass die EU nach wie vor über nicht hinzunehmende Demokratiedefizite verfügt, die die Übertragung sozial- und fiskalpolitischer Kompetenzen auf die Ebene der EU derzeit nicht unbedingt wünschenswert machen. Auf einzelne Kritikpunkte bin ich im vorherigen Text schon eingegangen. Auf zwei grundlegende Kritikpunkte will ich im folgenden noch eingehen. Zum einen plant die EU unter dem Druck insbesondere der Bundesregierung, aber auch unter aktiver Beteiligung der Kommission, ein bisher nicht da gewesenes Sparprogramm (Economic Governance), um die Kosten der Finanz-, Wirtschafts- und Eurokrise gegen zu finanzieren. Solange die EU und die Regierungen der Mitgliedsländer sich nicht dazu bereitfinden, den Finanzsektor als Hauptverursacher der Krise auch die Hauptlast der Finanzierung der Kosten der Krise abzuverlangen, werden die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler alleine die Rechnung begleichen müssen.

Das hat zur Folge, dass Löhne, Renten und Sozialausgaben in den EU-Mitgliedsstaaten gekürzt werden. Es ist mit weiterem Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Dienst zu rechnen. Die öffentlichen Investitionen werden drastisch reduziert. Diese Maßnahmen, deren stringente Durchsetzung in allen Mitgliedsländern gegenwärtig seitens der EU vorbereitet wird (die Gesetzgebungsverfahren sowie die für Teile der

Maßnahmen notwendige Änderung des Lissabon-Vertrags sollen bis Mitte 2011 abgeschlossen sein), steht einer Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung diametral entgegen.

Zum anderen ist die Sozialpolitik innerhalb der EU mehr und mehr zu einer nachgehenden Sozialpolitik geworden. Das heißt, sie zielt darauf, die härtesten Verwerfungen infolge der EU-Wettbewerbspolitik abzufedern. Denn die Wettbewerbspolitik setzt auf Kostensenkung und Produktivitätssteigerung, was zu kontinuierlichem Arbeitsplatzabbau führt. Das wäre dann kein Drama, wenn die Produktivitätsgewinne – etwa in Form von Zeitwohlstand – sozial gerecht verteilt würden.

Dazu und im Interesse einer nachhaltigen Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung wäre allerdings eine Vernetzung von Beschäftigungspolitik, Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik nötig. In einem solchen Konzept ist der Europäischen Zentralbank eine veränderte Aufgabenstellung zuzuordnen: Statt allein die Stabilität des Euro sicherzustellen, ist ihr auch die Sicherstellung von Vollbeschäftigung und einer nachhaltigen Wirtschaft aufzutragen. In einem solchen Rahmen wäre eine Sozialverträglichkeitsprüfung aller politischer Maßnahmen auch ein realistisches Unternehmen. So aber hat die EZB im Zweifelsfall aufgrund der geltenden Rechtslage der Euro-Stabilität den Vorrang zu geben.

Sozialpolitik ist in einem solchen Rahmen nicht nur Armutsbekämpfung, sondern – im Zusammenspiel mit einer entsprechenden Fiskalpolitik – auch Umverteilungspolitik, die dafür Sorge trägt, dass der gesellschaftliche Reichtum allen zugute kommt – dass technischer Fortschritt in sozialen Fortschritt umgesetzt wird, dass Rationalisierungsgewinne der gesamten Gesellschaft zugute kommen.

## **Einstieg 2 :**

### **„Die Ursachen zunehmender Armut in Europa in Deutschland und ihre Auswirkungen auf die Arbeitnehmer und ihre Familien“**



#### **Horst Schmitthenner**

*(geb. in Siegen) Diplom-Soziologe lehrte am IG-Metall-Bildungszentrum Sprockhövel, er war geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Industriegewerkschaft Metall (IGM) und ist Leiter des Verbindungsbüros für Soziale Bewegungen beim Vorstand der IG Metall.*

#### **Thesen zum Referat:** Analyse:

\* Die Armut in Deutschland verschärft sich, weil der Reichtum weiter gesteigert und zementiert wird und die Regelungsmächtigkeit der Gewerkschaften und der anderen zivil gesellschaftlichen Organisationen noch nicht ausreicht, die Umverteilung der Einkommen von oben nach unten, nachhaltig zu gestalten. So sind von 2000 bis 2008 die Gewinne um 32,1 %, die Masseneinkommen (Löhne, Renten, Sozialeinkommen) lediglich um 11,8 % gestiegen.

\* Die Armut in Deutschland verschärft sich weil der Niedriglohnsektor und die prekären Beschäftigungsverhältnisse vor allem durch Entscheidungen der Politik ermöglicht wurden und ausgeweitet werden, bei gleichzeitigem Rückgang der Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse.

So gibt es aktuell 7,1 Mio. so genannte Minijobs und einen Rückgang von 2,3 Mio. Vollzeitbeschäftigten von 2000 bis 2008 (ohne Leiharbeit). Bereits über 6 Mio. Menschen arbeiten zu Stundenlöhnen bis 8,50 € und 1,4 Mio. Menschen beziehen Aufstockung durch Hartz IV. Besonders dramatisch wird sich die Alterarmut entwickeln, weil die Beitragsleistungen auf der Grundlage der niedrigen Einkommen nur zu unzureichenden Ansprüchen an die gesetzliche Rentenversicherung führen. Nach den bereits getroffenen politischen Entscheidungen zur gesetzlichen Rente, wird im Jahr 2030 ein Durchschnittsverdiener 34 Beitragsjahre, ein 75 %-Verdiener 45 Beitragsjahre und ein 50 %-Verdiener 68 Beitragsjahre aufweisen müssen um Rentenleistungen zu erhalten, die der Höhe des Grundsicherungsbedarfes entsprechen.

\* die (relative) Armut verschärft sich, weil Arbeitnehmerentgelte (gesamte Lohnkosten der Arbeitgeber) in Deutschland um mehr als 10 % gesenkt wurden, während sie in fast allen europäischen Ländern gestiegen sind.

\* Die Armut in Deutschland verschärft sich, weil die Leistungen aus den sozialen Sicherungssystemen noch weiter abgesenkt wurden. So wurden bei dem bereits beschlossenen Sparpaket von 2011 bis 2014 bei den Sozialausgaben über 30 Mrd. gekürzt. Das Rentenniveau wird von 52,1 % im Jahr 2005 auf 42,5 % im Jahr 2030 gesenkt.

\* Die Armut in Deutschland verschärft sich, weil durch die beschlossene Schuldenbremse der öffentlichen Hand keine ausreichenden Mittel mehr zur Verfügung stehen um etwa durch öffentliche Konjunkturprogramme zukünftige ökonomische Krisen sozial zu managen. Folgen werden die Zunahme von Arbeitslosigkeit und weitere Kürzungen im Sozialbereich sein.

\* Die Armut in Europa wird zunehmen, weil die enormen Exportüberschüsse Deutschlands von europäischen Ländern durch Schulden bezahlt wurden. Sie werden jetzt von der europäischen Kommission gezwungen durch drastische Sparprogramme (vor allem auch im sozialen Bereich) diese Schulden zu reduzieren.

\* Die Armut in Europa wird zunehmen weil viele Regierungen europäischer Länder nicht den Mut haben, über höhere Beiträge und/oder stärkere Steuerfinanzierung die Leistungen der sozialen Sicherungssysteme zu erhöhen; im Gegenteil.

\* Die Armut in Deutschland/Europa wird sich verschärfen, weil..... Was tun?

\* Notwendig sind die Durchsetzung höherer Löhne und das massive Zurückdrängen des Niedriglohnsektors und der prekären Beschäftigungsverhältnisse. Eine Möglichkeit ist z.B. die Durchsetzung von Mindestlöhnen, eine andere die Abschaffung von Hartz IV. Dazu ist die Schaffung eines gesellschaftlichen Klimas hilfreich, das die Armut bekämpft sehen will und die Umverteilung von oben nach unten einfordert.

\* Ebenso notwendig ist die Erhöhung bzw.. Verlängerung der Sozialtransfers. Die einseitige Belastung der Versicherten (z.B. im Gesundheitswesen) ist zurückzunehmen und die paritätische Finanzierung der Beiträge wieder herzustellen.

\* Sinnvoll ist die Verstärkung des Engagements für einen Politikwechsel. Dazu ist es nötig, weitere Bedürfnisse der zivilgesellschaftlichen Akteure zu schmieden um gesellschaftliche Hegemonie für die einzelnen Forderungen und für den Politikwechsel zu erreichen.

<b>Armutrisiko in Deutschland (2008)</b>	
<b>Bevölkerungsgruppe</b>	<b>Armutrisiko in Prozent</b>
Frauen	16,3
Männer	14,7
Über-65-Jährige	15,0
Singles	29,3
Alleinerziehende	37,5
Zwei-Personen-Haushalte	14,0
Vier-Personen-Haushalte	7,7
Erwerbstätige	6,8
Arbeitslose	62,0
insgesamt	15,5

**Als armutgefährdet gilt, wer von weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Bevölkerung lebt. Quelle: Statistisches Bundesamt**

## **Einstieg 3 :**

### **„Solidarität gegen Armut - Perspektiven für eigenes Handeln“**



#### **Klaus Dräger**

*ist Wirtschaftswissenschaftler und Mitarbeiter der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europäischen Parlament, dort im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten und im Beirat der EU-AG von Attac Deutschland.*

*Sehr geehrte Teilnehmer,  
leider lag uns der Beitrag von Klaus Dräger bei Druck nicht vor.  
Wir werden ihn nach der Konferenz auf  
unserer Internetseite [www.attac-duesseldorf.de](http://www.attac-duesseldorf.de)  
veröffentlichen!*



# „PRAXIS-ARBEITSGRUPPEN“

## AG 1 - Kinder-und Jugendarmut



### **Dr. Carolin Butterwegge**

*Dipl.-Sozialarbeiterin promovierte an der Uni Duisburg/Essen über Armut von Kindern mit Migrationshintergrund sie ist sozial- und kinderpolitische Sprecherin im Landesvorstand DIE LINKE. NRW.*

Es wird ein kurzer Einstieg in das Ausmass und die Ursachen der Kinder- und Jugendarmut gegeben. Die TeilnehmerInnen werden aufgefordert, nach Möglichkeit mit praktischen Beispielen die Ausführungen der Moderatorin zu stützen oder zu widerlegen. Die „Falken“ aus Gelsenkirchen werden die Erfahrungen aus ihrer landesweiten Kampagne zur Bekämpfung der Kinder- und Jugendarmut einbringen. Gemeinsam wird in der Diskussion nach realistischen, evtl. auch utopischen Problemlösungen gesucht.

## AG 2 - Arm trotz Arbeit / Arm durch Erwerbslosigkeit

### **Horst Schmitthenner**

*(geb. in Siegen) Diplom-Soziologe lehrte am IG-Metall-Bildungszentrum Sprockhövel, er war geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Industriegewerkschaft Metall (IGM) und ist Leiter des Verbindungsbüros für Soziale Bewegungen beim Vorstand der IG Metall.*

Hier stehen die Probleme der prekären Arbeitsverhältnisse, der „Aufstocker“, der Leiharbeit und der Langzeitarbeitslosen im Vordergrund. Welche Mittel können Betroffene einlegen, um Wege aus der Sackgasse zu finden? Welche „Selbsthilfe-Beispiele“ gibt es? Wie und mit wem können wir uns vernetzen? Was tut sich in diesem Zusammenhang vor Ort? Was erwarten Betroffene und ihre Initiativen von Gewerkschaften und Sozialverbänden?



# „PRAXIS-ARBEITSGRUPPEN“

## AG 3 - Frauenarmut



### **Mag WompeL,**

*Industriesoziologin und freie Journalistin. 1960 in Polen geboren, als Teenager über die Schweiz und etliche Stationen im Ruhrgebiet, Bochum, gelandet. Mitglied nationaler und internationaler Vernetzungsiniciativen kritischer/oppositioneller GewerkschafterInnen und Autorin industriesoziologischer und gewerkschafts- wie sozialpolitischer Veröffentlichungen. Verantwortliche Redakteurin des LabourNet Germany seit 1997.*

Frauenarmut – wie können Frauen gegen ihre Armut vorgehen?

Nicht erst das – von gegenteiliger Politik begleitete „Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ hat bewiesen, dass die EU weder sozial noch solidarisch ist.

In meinem Vortrag will ich darlegen, dass Armut im Kapitalismus ein strukturelles Problem aller Lohnabhängigen ist, davon aber – auch aktuell – ganz besonders lohnabhängige Frauen betroffen sind.

Sowohl von Armutslohnen und unbezahlter Arbeit als auch von der Erwerbslosigkeit und den Hartz-IV-Bedingungen – aber auch von allen Sparmassnahmen und Privatisierungen der Lebensrisiken wie Gesundheit und Rente – sind Frauen überdurchschnittlich betroffen, MigrantInnen doppelt. Hinzukommt die Abhängigkeit der Frauen von Ehemann oder Bedarfsgemeinschaft in fast allen Bereichen der sozialen Absicherung. Und: Alle reden zwar mittlerweile von Kinderarmut, sie bedeutet aber noch ärmere Mütter...

„Wie können Frauen gegen ihre Armut vorgehen?“

Natürlich ist es vorrangig, das Recht auf Lohngleichheit, auf eigenständige Existenzsicherung sowie auf eigenständige Rente für Frauen zu erkämpfen, um bestehende Diskriminierungen aufzuheben. Allerdings hoffe ich in der Veranstaltung zu diskutieren, dass dies kaum gelingen kann, wenn Frauen auf gleiche Nachteile des kapitalistischen Erwerbslebens pochen, wie sie die Männer „geniessen“ (Nachtarbeit, Bundeswehr...).

Vielmehr bin ich davon überzeugt, dass die geschlechtsspezifische Diskriminierung nur überwunden werden kann, wenn die gesamtgesellschaftlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen grundlegend verändert werden. Nur durch eine drastische Verbesserung der Lebensqualität zulasten des

Wachstums- und Wettbewerbswahns, was z.B. ein individuellen bedingungsloses Grundeinkommen, geschlechtsneutrale Mindestlöhne sowie eine massive Arbeitszeitverkürzung bedingt, können die ökonomischen Bedingungen für geschlechtliche Diskriminierung auch in der Lohnarbeit beseitigt werden. Dies setzt allerdings voraus, dass alle – Männer wie Frauen – sowohl unter der bestehenden geschlechtlichen Diskriminierung als auch unter mangelnden Lebens- wie Arbeitsqualität leiden und sie gleichberechtigt überwinden wollen.

Dies setzt zudem – für Männer wie Frauen sowie ihre Gewerkschaften – eine Abkehr vom Primat der Lohnarbeit sowie vom Vorrang der Wettbewerbsbedingungen voraus. Denn Unternehmerische Grundrechte und soziale schließen sich – entgegen allen gewerkschaftlichen Hoffnungen auf eine „gute Arbeit“ im Kapitalismus – gegenseitig aus.

## **AG 4 – Altersarmut**

**Stefan Koch** Sozialverband Deutschland (SoVD). Landesverband NRW

*Der Diplom-Sozialwissenschaftler kommt aus Essen und war als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Universität Duisburg-Essen tätig. Dort hat er sich intensiv mit den sozialen Sicherungssystemen beschäftigt und war mitverantwortlich für die Redaktion des Internetportals [www. sozialpolitik-aktuell.de](http://www.sozialpolitik-aktuell.de). Stefan Koch ist kurzfristig für Lieselotte Opitz eingesprungen, die wegen eines Krankenhausaufenthaltes absagen musste. Herzlichen Dank an Herrn Koch und die besten Genesungswünsche für Frau Dr. Opitz.*

Insbesondere Frauen und insbesondere lohnabhängige Frauen und MigrantInnen sind von Altersarmut betroffen. Auf Grund ihrer familiären Situation, der Zeit der Kindererziehung und ihrer Abhängigkeit vom Ehemann sind sie gegen die Lebensrisiken wie Gesundheit und Rente völlig unzureichend abgesichert. Aber auch den jüngeren Männern droht – wie den Frauen - wegen ihrer weitgehend prekären Arbeitsverhältnisse mit Armutslohnen bei Zeit- und Leiharbeit am Ende ihres Lebens die Altersarmut.

## **AG 5 – Armutsbekämpfung ein Rechtsproblem ? Völkerrecht, EU-Recht, Verfassungsrecht, Sozialrecht**

*Zugang zum Recht auf soziale Hilfe, einschl. Beratungshilfe.*

*Akzeptanz der Kostenfreiheit des Zugangs in der Bevölkerung.*

*Kann eine Gegenleistung verlangt werden? (Im Sinne der Wahrung der Würde.)*

**Birgit Sieger VDJ** Rechtsanwältin

*Der VDJ - Verein demokratischer Juristinnen und Juristen engagiert sich im internationalen Bereich vorrangig im Rahmen der Europäischen Vereinigung von Juristinnen und Juristen für Demokratie und Menschenrechte in der Welt e.V. EJDM.*

Die Würde des Menschen ist nach unserem Grundgesetz unantastbar. Leben ohne Armut ist ein Menschenrecht, das selbst in unserem reichen Land massenhaft missachtet wird. Armut hat viele Gesichter. Wenn wir in Armut leben und sozial ausgegrenzt sind, wird unser Recht auf Gesundheit, auf angemessenen Wohnraum, wird unsere Würde tagtäglich mit Füßen getreten. Die Diskussion wird darum gehen festzustellen, welche gesetzlichen/rechtlichen Voraussetzungen geändert, geschaffen oder vorhandene besser genutzt werden sollten. Wer sind unsere Verbündeten und wie können wir uns gemeinsam wirkungsvoll wehren?

**Gastbeitrag:** von Prof. Christoph Butterwegge

## **MIT DEM MUT ZUR HEUCHELEI**

*2010 war ein verlorenes Jahr im Kampf gegen die Armut.*

*2011 wird dem Ehrenamt gewidmet.*

### **Nach der Devise: Der Sozialstaat geht, und die freiwilligen Helfer kommen.**

Obwohl die EU 2010 zum „Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ erklärt hatte, gab es in den vergangenen 12 Monaten hierzulande auf diesem Gebiet keinen Durchbruch, sondern fast ausschließlich Rückschläge. Durch ihr „Spar-“ beziehungsweise „Zukunftspaket 2011–2014“, das die Konsolidierung des Staatshaushalts vorantreiben und der „Schuldenbremse“ genannten Kreditsperre im Grundgesetz besser Rechnung tragen soll, trägt die Bundesregierung ebenso zur weiteren Vermehrung von Armut und zur Verfestigung von sozialer Ausgrenzung bei wie durch ihre Neuregelung der Hartz-IV-Regelsätze, die das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 umsetzen soll.

In seiner „Nationalen Strategie für Deutschland zur Umsetzung des Europäischen Jahres gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ hatte das zuständige Arbeits- und Sozialministerium die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das Problem als vorrangige Zielsetzung genannt.

Unter dem Motto „Mit neuem Mut“ förderte man 40 sogenannte Leuchtturmprojekte, darunter für das Armutsproblem allerdings wenig spezifische wie ein Sommer-Camp, die Herstellung von Skulpturen, Wanderausstellungen, Theateraufführungen und Tanzperformance. Außerdem waren die dafür bereitgestellten Mittel in der Gesamthöhe von 1,4 Millionen Euro viel zu gering, um Positives bewirken zu können, und lagen auch nur geringfügig über den für

ministerielle PR-Aktivitäten und Alibiveranstaltungen verausgabten Mitteln.

Zuletzt avancierte „Armut“ von einem Tabu-beinahe zu einem Topthema, das häufig in Talkshows erörtert wird – über die Wirkung der sogenannten Hartz-Gesetze, die Benachteiligung von Familien, den Zerfall der Mittelschicht, die Folgen der Weltfinanzkrise oder die Angst vieler Menschen vor einem sozialen Absturz. Gleichwohl wurde durch die Art, wie man das Europäische Jahr zur bloßen Symbolik verkommen ließ, weder das Bewusstsein für Armutsrisiken gestärkt noch die Wahrnehmung ihrer Ursachen und Auswirkungen spürbar geschärft oder der Diskriminierung mit Erfolg entgegengewirkt.

Plätzchen für den Vermittlungsausschuss

Arbeits- und Sozialministerin Ursula von der Leyen ließ sich zwar bei der Vorstellung eines Projekts, das Armen „neuen Mut“ machen sollte, mit Kindern beim gemeinsamen Singen fotografieren. Sie backte auch Plätzchen für den Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat, der sich kurz vor Weihnachten zu seiner ersten Sitzung treffen musste, weil SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke ihrer Neuregelung der Hartz-IV-Regelsätze widersprochen hatten.

Die Christdemokratin war aber weder zu finanziellen Konzessionen an die Betroffenen noch zu ernsthaften Kompromissangeboten an die Oppositionsparteien bereit.

Hartz IV wird, wenn es nach CDU, CSU und FDP geht, in Bezug auf die Einkommensanrechnung, die Gewährung von Darlehen, die Aufrechnung von behördlichen Ansprüchen und die Grundsicherungsbeziehern drohenden Sanktionen weiter verschärft, so dass man ohne Übertreibung von „Hartz V“ sprechen kann.

Weiter verschlechtern dürfte sich die Lebenssituation der Hartz-IV-Empfänger auch durch die Streichung des Zuschlags, den es beim Übergang vom Bezug des Arbeitslosengelds zum Bezug von Arbeitslosengeld II bisher gab, durch die drastische Kürzung der Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik, durch den Wegfall von Beitragszahlungen der Bundesagentur für Arbeit in die gesetzliche Rentenkasse (Ausgrenzung der Langzeitarbeitslosen aus der gesetzlichen Rentenversicherung) und durch die Anrechnung des Elterngelds auf ihre Transferleistung.

Es ist pure Heuchelei, wenn die 2007 als Familienministerin für die Einführung des Elterngelds und heute als Sozialministerin für dessen Anrechnung auf die Transferleistung zuständige Ursula von der Leyen bei jeder sich bietenden Gelegenheit erklärt, ihr liege die Bekämpfung der (Kinder-)Ar-

mut besonders am Herzen, und sich damit medienwirksam als „Mutter der Nation“ aufspielt.

In wenigen Tagen beginnt mit 2011 das „Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit“, mit dem die EU zur Förderung der aktiven Bürgerschaft beitragen möchte – ein Schelm, wer Böses dabei denkt!

Bundespräsident Christian Wulff hat denn auch das Ehrenamt ins Zentrum seiner Weihnachtsansprache gerückt, als er sagte: „Der Staat kann im Rahmen seiner Möglichkeiten Menschen in Not finanziell unterstützen. Aber jemandem Mut zusprechen, jemandem auf die Schulter klopfen, jemandem die Hand reichen: Dafür braucht es Menschen, für die Menschlichkeit wichtig ist.“ Angesicht der Lebensmitteltafeln, Sozialkaufhäuser und Kleiderkammern, die fast überall in der Bundesrepublik wie Pilze aus dem Boden sprießen, gewinnt man den Eindruck, dass der Sozialstaat geht und die Ehrenamtler kommen.

**Professor Christoph Butterwegge** lehrt Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Sein Buch „Armut in einem reichen Land“ ist im Campus Verlag erschienen.

Studie Prognos AG

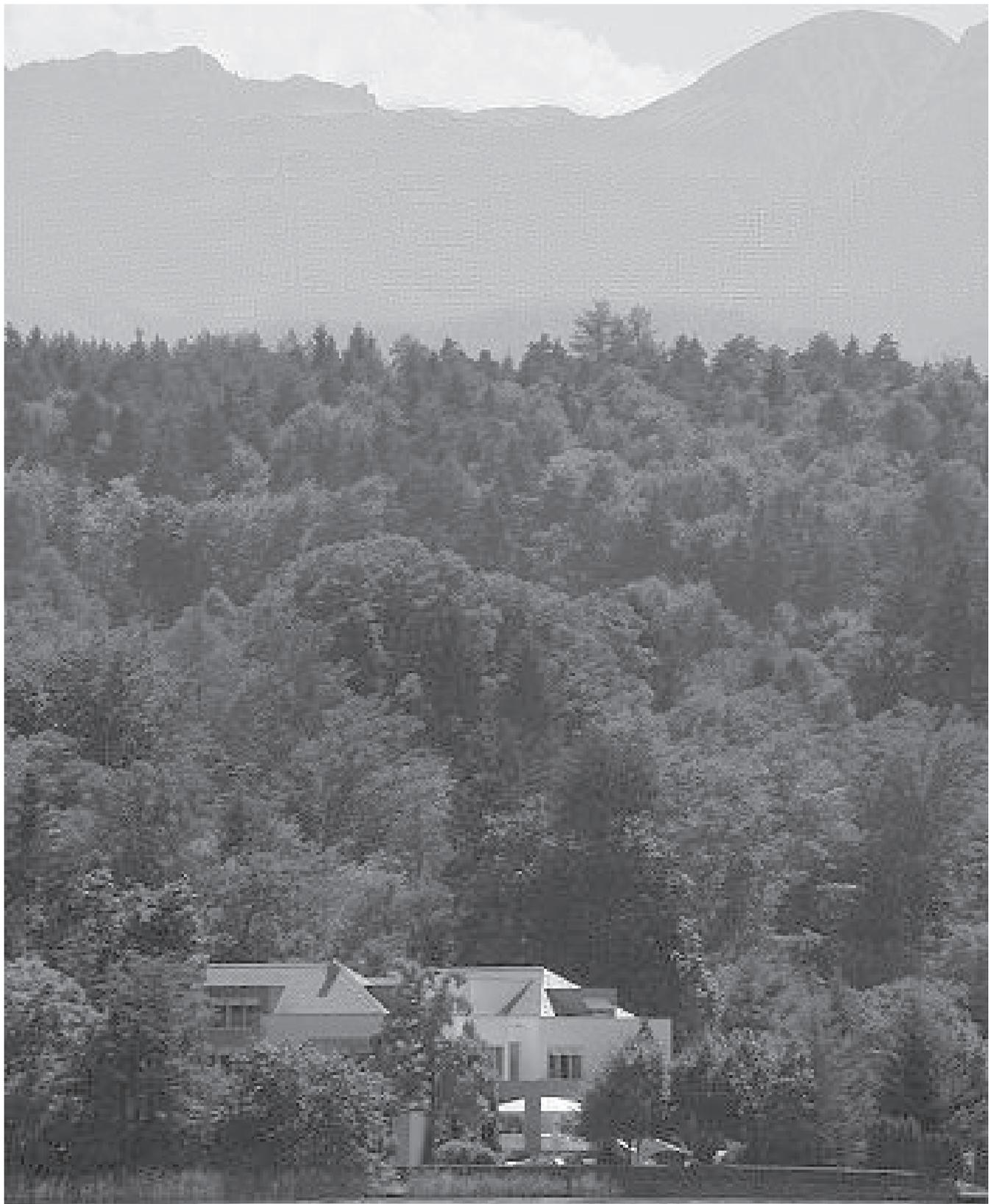
Altersklasse	männlich	weiblich	alle
alle	37,9%	31,6%	34,3%
16 bis unter 18 Jahre	36,8%	29,7%	33,6%
18 bis unter 25 Jahre	32,9%	27,0%	30,4%
25 bis unter 30 Jahre	35,1%	23,1%	28,6%
30 bis unter 45 Jahre	40,3%	35,1%	37,2%
45 bis unter 55 Jahre	42,7%	38,7%	40,4%
55 bis unter 65 Jahre	40,2%	33,1%	36,0%
85 Jahre und älter	31,7%	22,3%	26,1%

### **Ehrenamtliches**

#### **Engagement nach**

#### **Altersgruppen und Gender**

34,3 Prozent der Bevölkerung setzen sich sich regelmäßig für das Gemeinwohl ein im Jahr werden rund 4,6 Milliarden Stunden ehrenamtliche Arbeit erbracht - bei (nur) 10 Euro pro Stunde werden ehrenamtlich Arbeitsleistungen in Höhe von rd. 46 Milliarden Euro erbracht



**358 Milliardäre**  
besitzen mehr als die halbe Menschheit



## Gemeinsam was bewegen!

Diesen Coupon senden an:

**Attac Bundesbüro  
Münchner Str. 48  
60329 Frankfurt/M.**



### Ich möchte andere Menschen über Attac informieren.

- Bitte schickt mir \_\_\_ Exemplare des G8-Faltblatts.
- Bitte schickt mir \_\_\_ Exemplare der Attac-Selbstdarstellung.
- Bitte schickt mir \_\_\_ Exemplare der G8-Gegenwind Wimpel (2 Euro / Stück), s. oben links.
- Bitte schickt mir \_\_\_ Exemplare des G8-Readers (3 Euro / Stück)
- Bitte nehmt mich in die G8-Mailingliste auf (bitte E-Mail-Adresse angeben).  
Alle G8-Materialien sind auch im Attac-Webshop erhältlich:  
[www.attac.de/material](http://www.attac.de/material)

Ich möchte mehr über Attac wissen.

- Bitte schickt mir weiteres Infomaterial und nehmt mich in den Attac-Infoverteiler auf.
- Bitte schickt mir regelmäßig (ca. 14-tägig) den E-Mail-Newsletter von Attac (bitte E-Mail-Adresse angeben).

### Mitgliedschaft / Spenden

- Ja, ich möchte Mitglied bei Attac werden
- Ich erkläre mich damit einverstanden, dass Attac jährlich / monatlich meinen Mitgliedsbeitrag
  - \* in Höhe von jeweils \_\_\_ € von meinem Konto abbucht (Unzutreffendes bitte streichen).
- Ich überweise meinen Mitgliedsbeitrag
  - \* von \_\_\_ € jährlich/monatlich auf das Konto von Attac (Unzutreffendes bitte streichen).
- Ich möchte Attac mit einer Spende unterstützen.  
Ich bin damit einverstanden, dass Attac einmalig/monatlich/jährlich \_\_\_ € von meinem Konto einzieht (unzutreffendes bitte streichen).

KontoinhaberIn: \_\_\_\_\_

Konto-Nr: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_

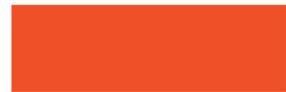
BLZ: \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift: \_\_\_\_\_

\* Richtwert für den Beitrag sind 5 € im Monat. Nach Selbsteinschätzung freuen wir uns jedoch, wenn der Beitrag höher liegt. Der Mindestbeitrag beträgt 15 € im Jahr (Ausnahmen sind natürlich möglich). Die Teilnahme am Lastschriftverfahren spart uns viel Zeit und Geld, deshalb bitten wir darum, uns eine Einzugsermächtigung zu erteilen. Sie ist jederzeit widerrufbar.

Spendenkonto Attac Deutschland: Attac Trägerverein e.V.,  
GLS Gemeinschaftsbank, Konto-Nr. 800 100 800, BLZ 430 609 67  
Spenden sind steuerlich absetzbar!

Oder per Fax an 069 -900281-99



**ROSA  
LUXEMBURG  
STIFTUNG  
NORDRHEIN-  
WESTFALEN**

RLS-Regionalbüro  
Nordrhein-Westfalen  
Siegstr. 15  
47051 Duisburg  
Telefon: 0203 3177392  
Fax: 0203 3177393  
Email: [post@rls-nrw.de](mailto:post@rls-nrw.de)  
Internet: [www.rls-nrw.de](http://www.rls-nrw.de)



Diakonie in Düsseldorf  
Platz der Diakonie 1  
40233 Düsseldorf  
Tel. 0211 73 53 0  
Fax 0211 73 53 200  
[www.diakonie-duesseldorf.de](http://www.diakonie-duesseldorf.de)



attac Düsseldorf  
Heerstr. 19  
40227 Düsseldorf  
[www.attac-duesseldorf.de](http://www.attac-duesseldorf.de)